

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wille, Kunst (sonst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Fremdsprachen monatlich 10 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50 - Erhöhter Satz mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Fingertstraße 21, D. Leipzig 11465. Erscheinungstag: sonntags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Fingertstraße 21, Leipzig 1700. Zeitungspreis: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Interate werden die halbjährigen Zeitungen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Abonnementzeitung wird Rabatt gewährt. Vereinsabonnenten 2 Pf. Interate müssen bei Spätsendung 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Sonnabend den 23. Januar 1909.

20. Jahrg.

## An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Die kapitalistischen Parteien, Konservativ und Nationalliberale, haben ein neues schweres Verbrechen am sächsischen Volke vollbracht. Sie haben den hunderttausendfältigen Ruf aus den Volksmassen nach Recht und Gerechtigkeit mißachtet, sie haben ein neues Wahlgesetz geschaffen, das den besitzenden Klassen brutale Vorrechte verleiht und die arbeitenden Klassen ungeheuerlich entrechtet.

Die herrschenden Parteien wollen kein gerechtes Wahlrecht, weil dadurch ihre einseitigen Besitzinteressen beeinträchtigt, weil dadurch die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen gefördert werden würde. Sie haben lieber in den Straßen Dresdens das Blut des Volkes fließen lassen, als daß sie bereit wären, auf die Stimme des Rechts zu hören.

Nach dem unendlich kläglichen Schauspiel, das die Wahlrechtsmacher seit Jahren boten, ist nun dies jämmerliche Mehrstimmenrecht fabriziert worden. Vom Blut des Volkes tiefend tritt es in die Erscheinung. Auch die Regierung hat dieser neuen Ausgeburt gewalttätiger Gelfüste ihren Segen erteilt, obgleich der Minister Graf Hohenthal noch vor wenigen Monaten erklärte, daß ein solches Pluralwahlrecht mit gehäuften Stimmen unannehmbar sei, weil es noch größere Unzufriedenheit im Lande erregen werde als das bisherige Wahlgesetz.

Nach dem neuen Gesetz werden die Wähler in vier Klassen geteilt, je nach Einkommen, Besitz und Berufsangehörigkeit. Die Wähler der wohlhabenden Schichten erhalten drei und vier Stimmen, die breite Schicht der weniger Bemittelten (mit Einkommen von 1600—2200 M.) erhält aber nur zwei, die große Masse der Arbeiter in Stadt und Land, der kleinen Bauern, der kleinen Handwerker, der unteren Beamten, der kleinen Geschäftslente nur eine Wahlstimme. Die Bürger des Staates werden eingeteilt in Vollbürger, Dreiviertelbürger, Halbbürger und Viertelbürger.

Ein solches unverschämtes Erzeugnis der Klassenherrschaft kann beim sächsischen Volke nur den heftigsten Widerwillen und den entschiedensten Widerstand erwecken. Die Erklärungen der bürgerlichen Parteiführer, daß auch die Arbeiter eine Anzahl Mandate zu gewinnen imstande seien, können, selbst wenn sie sich verwirklichen würden, an der Verwerfung dieses Unrechtsgesetzes nicht das allermindeste ändern. Das sächsische Volk fordert das gleiche Wahlrecht für jedermann, das allein geeignet ist, die Herrschaft

der kapitalistischen Sonderinteressen zu beseitigen und die Gesetzgebung des Landes im Gesamtinteresse des ganzen Volkes durchzuführen.

Die herrschenden Klassen wissen sehr wohl, warum sie an dem ungerechten Landeswahlgesetz so zäh festhalten. Die Landtage sind immer mehr die letzten Hochburgen der reaktionären Ausbeuterherrschaft geworden. Von den Landtagen aus beherrschen Junker und Bünfler und Industriekapitalisten die Regierungen und selbst den Reichstag. Derselbe Kampf, den wir in Sachsen führen, wird auch in Preußen geführt. Wir wollen nun Schulter an Schulter mit der gesamten werktätigen Bevölkerung Preußens diesen Kampf um die Befreiung des Deutschen Reiches weiterführen.

Die nächsten Schlachten aber dieses großen Kampfes werden geschlagen werden: in den Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres und in den näher kommenden Reichstagswahlen! Da werden die Massen Gelegenheit haben, gründlich abzurechnen mit den Volksfeinden, die alle ihre Versprechungen gebrochen haben.

Die beste Antwort, die das Volk auf das neue Entrechtungsrecht erteilen kann, ist die machtvolle Vorbereitung zu den neuen Kämpfen! Vor allem gilt es jetzt

### die Organisationen und die Presse

des werktätigen Volkes, der Sozialdemokratischen Partei weiter zu verstärken. Durch zahlreichem Eintritt in unsere Organisationen, durch zahlreiche Vermehrung der Leser unserer Zeitungen wird die Schlagkraft der Volksbewegung vermehrt, und wir vermögen dann zu geeigneter Stunde die Feinde gehörig auf's Haupt zu schlagen!

Wir haben das Dreiklassensystem in die Schrichtgrube der Geschichte befördert — wir werden auch das Pluralunrecht in dieselbe Grube befördern! Wir fordern das sächsische Volk auf, ungefäumt zum Kampf gegen das neue Wahlrecht und gegen den heutigen Staat, der ein Staat der Ausbeutung und Unterdrückung ist, mit ganzer Kraft zu rüsten!

Es ist Pflicht des ganzen werktätigen Volkes, aller Männer und Frauen, mit aller Opferwilligkeit und aller Begeisterung den Kampf für Recht und Freiheit zu führen!

## Hoch die Sozialdemokratie!

Dresden, den 22. Januar 1909.

Das sozialdemokratische Bentralkomitee für Sachsen.

J. A.: Karl Sindermann.

### Die Wahlrechtsmach vollendet.

Was seit Wochen vorauszu sehen war, ist gestern Erledigt worden: die Vierklassenentrechtung ist so gut wie Gesetz. Man sah, obwohl Überredungen so gut wie ausgeschlossen waren, den Verhandlungen mit einiger Spannung entgegen. Die ominösen Schwierigkeiten, die Wilmoch so möglich in der ersten Kammer auftraten, ließen die Möglichkeit neuer Verwicklungen nicht ganz ausgeschlossen erscheinen; daß gab es keinerlei Überraschungen mehr, sogar die Mehrzahl der Herren, die sich bisher bedächtig gezeigt hatten, kapitulierten schließlich bei der Abstimmung. Den Herren war es ja auch nur darum zu tun, sich durch besonders auffällige Mittelstands-Kapriolen für die zukünftigen Kahlen bei den Bünflern und Kleinräubern noch extra in Empfehlung zu bringen. Während verhielten sich schließlich nur zwei Freisinnige und drei Nationalliberale.

Die öffentlichen Tribünen des Hauses waren fast besetzt, doch bei weitem nicht so überfüllt wie bei den letzten Wahlrechtsberatungen; aber die Herren der „oben jenseitigen Kammer“ waren sehr zahlreich erschienen, so daß die Diplomatentribüne teilweise vollständig besetzt war.

Kuffällig war die Überwachung der öffentlichen Tribünen durch Ochselpolizisten. Das ist eine geradezu unwürdige Erscheinung für ein Parlament, die wohl auch nur im Wohlgeruch der Sachien möglich ist. In einem anderen Lande würde sich das Präsidium einen solchen Schandverdienst und keinen, das das Direktorium mit Hilfe seines Personals die Polizei im Hause selbst ausüben kann, was ja auch bisher ohne jede Schwierigkeit im sächsischen Landtage geschehen ist.

Die Verhandlungen konnten von großer Bedeutung nicht mehr werden, weil alles bereits feststand. Es handelte sich nur noch um die Festsetzung eines formellen Aktes, der dadurch nicht würdiger wurde, daß zahlreiche Reden ihn begleiteten.

Die neue Vierklassen-Entrechtung haben wir bereits eingehend gewürdigt; es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Gesetz zu einer Entrechtung der breiten Masse der Wählerkraft führt und daß es ein Wahlrecht gegen die Arbeiterherrschaft ist, das, wie auch in der ersten Kammer zugestanden wurde, in erster Linie den Zweck hat, der Ordnungsmächte dauernd die Herrschaft im Landtage zu sichern. Diese Tatsache verleiht die bürgerlichen Redner mit viel Aufwand von Worten nach Möglichkeit zu verschleiern.

Besonders der Abg. Sattler entwickelte darin einen großen Eifer. Er behauptete, daß die Arbeiter nicht mehr benachteiligt seien, weil sie bis zu drei Stimmen erhalten könnten. Das wird aber nur eine kleine Ausnahme sein. Denn das ist nur möglich, wenn Arbeiter mehr als 1600 M. Einkommen haben und zugleich Anspruch auf die Mehrstimme erhalten können. Nun mag es in großstädtischen Industriezentren einige Arbeiter geben, die mehr als 1600 M. im Jahre verdienen, aber es sind dann fast ausnahmslos jüngere Leute oder Männer in den besten Jahren, es wird aber kaum je vorkommen, daß ein Arbeiter in einem Alter von 50 Jahren und darüber noch einen solchen Verdienst hat. Der Arbeiter mit drei Stimmen ist mithin ein national-liberales Phantasiegebilde.

Die konservativen und antisemitisch-konservativen Herren schlugen ein Emendo darüber an, daß den Funktionären jetzt nicht mehr durchweg vier Stimmen gewährt werden sollen, sondern diejenigen, die weniger als 1400 M. Einkommen haben, nur eine Stimme. Der Abg. Enke überließ sich fast vor Entrüstung darüber, daß man die selbständigen Gewerbetreibenden mit den Arbeitern auf eine Stufe stelle. Dadurch trat die Rücksicht in geradem Widerspruch mit der Behauptung, die die